

Rheinische Post vom 12.08.2015, S. 3

Turnhallen werden erst später frei

CDU rechnet wegen der Flüchtlinge mit Einschränkungen bis zum Herbst.

VON DETLEV HÜWEL

DÜSSELDORF In zahlreichen Städten können die Schul-Turnhallen, in denen Flüchtlinge untergebracht wurden, noch nicht wieder für den Sportunterricht genutzt werden. Nach Einschätzung des CDU-Kommunalexperten André Kuper ist noch wochenlang mit Einschränkungen zu rechnen. Er bezieht sich dabei auf die Aufforderung der Bezirksregierung Düsseldorf an die betreffenden Kommunen, ihre Unterkünfte, die sie dem Land auf dem Wege der Amtshilfe als Erstaufnahme-Einrichtungen zur Verfügung gestellt haben, „zunächst bis zum 15. Oktober 2015 sicherzustellen“.

Ebenso wie Innenminister Ralf Jäger (SPD) hält auch Kuper die Schaf-

fung von größeren Unterkünften für geboten. In Einrichtungen mit weniger als 500 Flüchtlingen richte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) keine Nebenzelle ein. Dies mache das Asylverfahren zeitlich aufwendiger, weil die Menschen dann stets zur nächsten BAMF-Dienststelle gebracht werden müssten.

Wie berichtet, hält Jäger Großzelte für 700 bis 1000 Menschen für erforderlich, da dies logistisch sinnvoll sei und zudem Personal spare helfe. Standorte von Riesenzelten sollen Rheine und Hörstel im Regierungsbezirk Münster sein. Außerdem sind Selm-Bork und Möhnesee-Echtrup (Regierungsbezirk Arnsberg), Holte-Stukenbrock (Regierungsbezirk Detmold) sowie

Köln und Krefeld zu Standorten ausgewählt worden.

Nach Angaben der SPD gibt es noch keinen Überblick, wie viele Flüchtlingskinder jetzt zur Schule gehen. Wie berichtet, besteht Schulpflicht, sobald ein Kind oder Jugendlicher einer Kommune zugeteilt wurde. Wegen meist fehlender Deutschkenntnisse werden für sie vor Beginn des Schuljahres an bestimmten Schulen Vorbereitungsklassen eingerichtet; während des Schuljahres können bei Bedarf Auffangklassen gebildet werden. Ziel ist es, die Kinder so rasch wie möglich in den normalen Unterricht einzubinden. Im vergangenen Jahr gingen laut Schulministerin Sylvia Löhrmann rund 10000 Flüchtlingskinder in NRW zur Schule.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 12.08.2015, S. 4

CDU: Mehr Plätze für Asylbewerber

Opposition fordert massiven Ausbau der zentralen Landeseinrichtungen

Von Wilfried Goebels

Düsseldorf. Angesichts der bis Jahresende erwarteten 150000 Flüchtlinge in NRW wirft die CDU-Opposition der Landesregierung ein „heillooses Durcheinander“ vor. Am Montagabend musste die Erstaufnahme in Dortmund zum fünften Mal wegen drohender Überfüllung einen Aufnahmestopp verhängen. CDU-Fraktionsvize André Kuper forderte den Ausbau der Plätze in den zentralen Landeseinrichtungen von 9300 auf 35000.

Kuper warf Innenminister Ralf Jäger (SPD) vor, das Problem steigender Flüchtlingszahlen auf die Kommunen abzuwälzen. Um einen Kollaps zu verhindern, hätten die Gemeinden mehr als 10000 Plätze in 70 Notunterkünften geschaffen. Obwohl die Kommunen keine Erfahrung im Umgang mit der Erstaufnahme hätten, würden Flüchtlinge oft schon nach wenigen Tagen auf die Städte verteilt, klagte er. Dabei könnten schon die Gesundheitschecks von den Gemeinden nicht geleistet werden.

Nachdem das Land Zeltstädte lange untersagt hatte, sollen jetzt sieben genehmigt werden. „Die Situation wird immer schwieriger“, sagte Kuper. Die CDU schlug mehr zentrale Einrichtungen mit über 500 Plätzen in Großstädten vor, in denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Prüfung der Asylanträge durchführen kann. CDU-Integrationspolitikerin Serap Güler appellierte an die Organisationen des Islam, mehr bei der Betreuung von Flüchtlingen zu helfen.